Danziger Volksstimme

Einzelnummer 200 000

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M.
In Pommerellen 8000 M. poln. Anzeigen: Diesge-
spaltene Zeile 400 M., auswärts 600 M. Die Reklame-
zeile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 92

Freitag, den 20. April 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spindhuus Nr. 6
Postfach 234
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Entnahme, Abrechnung
bestellung und Druck 3200.

Arbeitslosenunruhen im Ruhrgebiet.

Kommunistische Treiberereien.

In Mülheim a. d. R. ist es zu schweren Arbeits-
losenunruhen gekommen, wobei Syndikalisten und
Kommunisten eine führende Rolle spielten. Die De-
monstranten haben gestern die Innenstadt von Mül-
heim besetzt und die Stadtsängänge verbarrika-
diert. Das Rathaus liegt unter dem Gewehrfeuer
der Aufständischen, die Waffenshandlungen geplündert
haben. Der Regierungspräsident ordnete an, daß
Schutzpolizei von Duisburg nach Mülheim entsandt
wird.

Wie die „Köln. Volksztg.“ zu den Vorgängen in
Mülheim (Ruhr) noch meldet, kam es in den Mittags-
stunden infolge der Ausschreitungen des Pöbels zu
zahlreichen Straßenkämpfen. Zur Abwehr der Auf-
rührer bildete sich ein Selbstschutz. Die Aufständi-
gen hatten aus Automobilen und sonstigen Fahrzeugen,
die sie auf der Straße anhielten, Batterien errichtet.

Im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung
kam es auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß.
Die von der Kriminalpolizei auseinandergetriebenen
Demonstranten, welche einen Polizeibeamten festge-
halten hatten, der später wieder befreit wurde, schossen
auf die Polizei, welche das Feuer erwiderte, wobei
einer der Demonstranten verletzt wurde. Heute früh
versuchten die Demonstranten in den Werken die Ar-
beiter zum Verlassen der Werke aufzuwiegeln, was
aber mißlang. Die Unruhen dauern zur Stunde noch
an. Bezeichnend ist, daß die in Rohwinkel abgehaltene
Arbeitslosenversammlung unter dem Schutz französi-
schen Militärs stattfand.

Nach der „Köln. Volksztg.“ sammelt sich auch in Red-
dinghausen zahlreiches linksches Gefindel aus dem
besetzten und unbesetzten Gebiet an.

Der von den Kommunisten proklamierte Generals-
streik ist mißlungen. Es wird in allen Werken ge-
arbeitet.

In Essen sammelte sich gestern morgen vor dem
Rathause eine Anzahl Arbeitslose an, welche Unter-
stützung verlangten. Da die Polizei von den Fran-
zosen aufgelöst ist, hatte sich die Feuerwehr zum Schutze
des Rathauses eingefunden. Bis jetzt ist die Ruhe
nicht gestört.

Die Stützungsaktion der Reichsbank.

W.B. meldet: Angesichts der plötzlichen Steigerung
der Devisenkurse hat das Reichskabinett gestern im
Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium be-
schlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem
Nachdruck weiterzuführen. Zu diesem Zweck sollen,
abgesehen von der Fortsetzung der börsenmäßigen
Stützungsaktion zunächst folgende Maßnahmen un-
verzählich ergriffen werden: 1. Eine weitgehende Ein-
schränkung der Einfuhr. 2. Die Einführung einer all-
gemeinen Anmeldepflicht für Besitz an Devisen nach
dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche
Notverordnung erlassen wird.

Hierzu schreibt der „Vorwärts“: Was die jetzt ange-
kündigten Maßnahmen betrifft, so versprechen wir uns
von ihnen keine große Wirkung. Sie liegen auf der-
selben Linie der unzulänglichen Finanzpolitik, die die
Regierung und die Reichsbank bisher eingehalten ha-
ben. Eine Devisenkontrolle ohne ausreichende Fi-
nanzmaßnahmen auf dem Gebiete der Beschäftigung
und ohne entsprechende Kreditbeschränkungen kann
keine wesentlichen Erfolge zeitigen. Welche Maßnah-
men im einzelnen notwendig sind, hat unsere Partei
schon im vorigen Jahre in ihrem Währungsprogramm
aufgezeigt. Bei der heute beginnenden Beratung des
Wirtschaftsetats im Reichstage wird die Sozialdemo-
kratie durch ihren Redner auch ihre Auffassung über
die jetzt erforderlichen Maßnahmen kundgeben lassen.

Als Ergebnis der gestrigen Besprechungen des
Reichskabinetts mit führenden Berliner Bankleuten
weiß das „Tageblatt“ mitzuteilen, daß die Reichsregie-
rung von der Errichtung einer Devisenzentrale abse-
hen werde wegen der schlechten Erfahrungen, die man
in Wien und Budapest mit einer solchen Einrichtung
gemacht habe. Auf die Nichtanmeldung von Devisen-
besitz sollen hohe Strafen gelegt werden. Die Ban-
kiers stellen der Regierung ihre Mitwirkung bei den
Maßnahmen zur Stützung der Mark in vollem Um-
fange zur Verfügung. Nach einer weiteren Informa-
tion des Blattes soll die Reichsbank im Notfall bereit
sein, gewisse Mengen ihres Goldbestandes für die
Stützungsaktion zu verwenden.

Rußlands weltpolitische Lage.

Auf dem augenblicklich in Moskau stattfindenden
Kongress der russischen kommunistischen Partei erstattete
Sinowjew im Auftrag des Zentralkomitees der

Partei Bericht über die politische Lage. Sowjetrußland
habe nunmehr seinen Rückzug auf wirtschaftspoliti-
schem Gebiet abgeschlossen. Dies habe jedoch die Be-
lebung der Handelsbeziehungen Rußlands mit dem
Auslande nicht gehindert. In 18 Auslandsstaaten be-
stünden Sowjetvertretungen, mit neun Staaten wür-
den darüber Verhandlungen geführt. Die Grundlage
der sowjetrussischen Außenpolitik werde der Kontakt
mit den erwachenden Völkern des Ostens und den vom
Ententeimperialismus geknechteten Völkern werden.
Doch würde Sowjetrußland zugleich jede Annäherung
an die Ententeländer freudig begrüßen, insbesondere
an Frankreich, wo die Mehrzahl der Bevölkerung
russische Sympathien hege. Auch wäre es wünschens-
wert, daß die englisch-russischen Beziehungen sich
glatter als gegenwärtig abwickelten.

Was die Bivalenzität zwischen Bürgertum und
Proletariat betrifft, so offenbare sich dieser Kampf in
dem Versuch, die neue Wirtschaftspolitik Sowjetruß-
lands für die internationale Politik nutzbar zu machen
und Rußland zur Abschaffung des Außenhandels-
monopols zu drängen. Dies dürste der Sowjetstaat
jedoch nimmermehr zulassen; das sei auch die Meinung
Lenins.

Auf dem Gebiete des Außenhandels sei eine stetige
Zunahme der Ausfuhr zu verzeichnen, so daß man
binnen drei Jahren auf eine aktive Handelsbilanz
rechnen dürfe. Es lägen zurzeit 400 ausländische
Konzessionsbewerbungen vor, darunter 50 amerikani-
sche, 55 englische und 50 französische. 26 Konzessions-
verträge seien bereits abgeschlossen.

Danziger Fragen in Genf.

Teilweise Einigung mit Polen.

Der Völkerbundrat hat sich gestern mit Danziger
Fragen beschäftigt. Dabei hat er ziemlich leichte Arbeit
gehabt, da sich die Danziger Delegation mit dem polni-
schen Vertreter beim Völkerbund, Prof. Kstenaczj,
über einige Punkte schon vorher geeinigt hatte. Eine
wichtige Frage, zu der der Völkerbundrat selbst Stel-
lung nehmen mußte, war die der Danziger Finanzen.
Der Völkerbundrat beauftragte den Generalsekretär,
mit der Reparationskommission und dem Vorschaffers-
rat die Verhandlungen über die Danziger Finanzlage
fortzuführen und diesen beiden Körperschaften eine
Note des Präsidenten der Freien Stadt Danzig befür-
wortend zu übermitteln, in der die Priorität für eine
Anleihe von 500 000 Goldmark zur Bestreitung lau-
fender Betriebskosten verlangt wird. Danzig hatte
zuerst eine Million Goldmark gefordert, hat sich aber
schließlich mit einer halben Million begnügt. Diese
Frage soll noch im Laufe dieser Völkerbundtagung er-
ledigt werden.

Ueber die in einigen Punkten erfolgte Einigung
zwischen Danzig und Polen wird der „Danziger Stg.“
aus Genf gemeldet: In der ersten dieser Fragen, der
Verpachtung von Danziger Hafensanlagen, hat
die durch den Rat, hatte der Oberkommissar entschieden,
daß, falls sich zwei gleich qualifizierte Bewerber um
eine Verpachtung gegenüberstehen, dem polnischen Be-
werber der Vorzug zu geben sei, damit der polnische
Handel in Danzig, von dem die Freie Stadt so auch
großen Nutzen ziehe, gefördert werde, zumal die Dan-
ziger Kaufmannschaft ohnehin schon große Vorteile
gegenüber dem ortsfremden polnischen Handel hat. Da-
gegen hatte der Senat von Danzig Berufung eingelegt.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben sich
nun darüber geeinigt, die Entscheidung des Oberkom-
missars zunächst einmal auf zwei Jahre anzunehmen,
um praktische Erfahrungen zu gewinnen. Jedoch ist es
den Danziger Vertretern gelungen, eine stärkere Prü-
fung der Qualifikationen der Bewerber durchzusetzen,
so daß die Interessen der Danziger Bewerber genügend
gewahrt erscheinen, deren Qualifikation in den meisten
Fällen die bessere sein dürfte. Sodann wird die Sache
nach Ablauf der zwei Jahre, falls die Danziger Regie-
rung das Abkommen in Frage vor Ablauf kündigt, ohne
Präjudiz durch den im Laufe dieser zwei Jahre geist-
förmigen Zustand von neuem vor den Rat gebracht werden
können.

In der zweiten Frage: Amtssprache des Sa-
fenausschusses, hatte der Völkerbundkommissar
entschieden, daß Polnisch und Deutsch gleichberechtigte
offizielle Sprachen des Hafenausschusses sein sollen.
Die Regierung von Danzig hatte dagegen Berufung
eingelegt, indem sie erklärte, daß in einer fast rein
deutschen Stadt Deutsch die alleinige Amtssprache sein
müsse.

Hier haben sich die beiderseitigen Vertreter dahin
geeignet, es bei der Entscheidung des Ober-

Prüfungssenen im polnischen Parlament.

Die Sejmung am letzten Mittwoch stand unter
dem Zeichen der Faust. Der Sejm lebte den Dring-
lichkeitsantrag der Juden in der Frage der antijuden-
lichen Ausschreitungen ab. Dabei kam es zu heftigen
Auseinandersetzungen. Man schrie „Schlagt die Juden
tot“ und ein Abgeordneter der Nationaldemokraten
spuckte dem jüdischen Abgeordneten Kischin ins
Gesicht. Daraufhin verließen die Juden zum Zeichen
des Protestes den Saal und stellten dabei fest, daß sie
von seiten des Sejmarschalls keinen Schutz hatten.
Der nationaldemokratische Kurier „Warszawski“ will
jetzt auf andere die Schuld schieben und behauptet, daß
deutsche Abgeordnete gar nicht angefangen, indem
er den polnischen Abgeordneten Masternik mit der
Faust vor die Brust geschlagen habe.

Gegen eine Rechtsregierung.

Die Blätter der polnischen Volkspartei (Witas)
verkünden, daß jetzt eine gewisse Verständigung für
eine neue Regierungsmehrheit gefunden sei und daß
in nächster Zeit eine Mitte-Rechtsregierung gegründet
werden würde. Die Fraktion der nationalen Arbei-
terpartei sprach sich in einer Sitzung gegen einen An-
schluß an diesen Block aus und beschloß, Abgeordnete,
die sich einem solchen Block anschließen, sofort aus der
Fraktion auszuschließen. Die Arbeiterpartei be-
merkt energisch die Gefahr, daß von ihrer Seite
ein Anschluß an den Block geplant werde.

Kommissars zu belassen, jedoch ausdrücklich
festgestellt, daß die praktischen Ergebnisse allein den
Ausschlag für die tatsächliche Anwendung der einen
oder anderen oder beider Sprachen geben sollen. Da-
mit werden die Danziger Interessen gewahrt.

In der dritten Frage — betreffend die Errichtung
einer polnischen Briefsortierstation — lag
ebenfalls ein Danziger Einspruch vor, der durch Ein-
gung eine vermittelnde Lösung in dem Sinne fand,
daß die Briefsortierstation in begrenztem Umfang,
d. h. nur für die überseeischen und die von den polni-
schen Eisenbahnen eingehenden Sendungen errichtet
werden dürfe, daß sie aber dem Publikum unzugäng-
lich sein soll, so daß eine übermäßige Ausdehnung, die
von Danzig befürchtet worden war, nicht zu gewärti-
gen ist.

Ueber die Frage der polnischen Eisenbahndirektion
in Danzig wird noch verhandelt.

Der Rat befaßte sich ferner in öffentlicher Sitzung
mit einem Protest der bulgarischen Regierung, die auf
Grund von Artikel 11 des Statuts eine Untersuchung
des Völkerbundrats über die Unterdrückungs- und
Ausweitungsmethoden der griechischen Regierung ge-
gen die bulgarische Bevölkerung in Westthracien for-
dert. Nach ausführlicher und oft lebhaften Darlegun-
gen des bulgarischen Vertreters Kecherow und des
griechischen Vertreters Goussmanos beauftragte der
Rat das schwedische Ratsmitglied Linden, in dieser Sa-
chung einen Bericht über die Frage vorzulegen.

Der Rat bestimmte ferner, daß die zweite allge-
meine Verkehrs- und Transitkonferenz
am 5. November 1923 in Genf stattfinden soll.

Der Schwedenvertreter gegen Saar-Regierung.

Ueber das Eingreifen des schwedischen
Delegierten im Völkerbundrat in der Saarfrage
erfährt Havas aus Genf, zur allgemeinen Ueber-
raschung habe gleich in der ersten vertraulichen Sitzung
des Völkerbundrates der Vertreter der schwedischen
Regierung, Linden, der einige Tage vor Branting in
Genf eingetroffen sei, gefordert, daß der Völkerbund-
rat über den französischen Protest gegen die Notver-
ordnung der Regierungskommission berate. Die Ini-
tiative der schwedischen Regierung werde als ein Ver-
such ausgelegt, den Wert der wichtigsten Amtshand-
lung der Saarkommission zweifelhaft erscheinen zu
lassen. Man sei der Ansicht, daß die Interventionen da-
zu angetan sei, die Autorität der Regierungskommis-
sion zu schwächen in einem Augenblick, wo die Sal-
tung Deutschlands sowohl im Saargebiet als auch im
Ruhrgebiet besondere Ueberwachung und Energie sei-
tens der für Ordnung und Sicherheit verantwortlichen
Regierung erfordere.

Es ist anzunehmen, daß Havas nur eine ausstehen-
de französische Ansicht zum Ausdruck bringt, um in
mehr, als es in seiner Nachricht wiederholt auf die Be-
deutung im Ruhrgebiet anspielt und erklärt, die Ver-
ordnung habe im Saargebiet nur Proteste, aber keine
Vorwürfe, die eine antiautoritative und gegen eine
antifranzösische Politik vertrieben.

Deutschnationale Versammlungsjorgen

Der Antrag auf gesetzlichen Versammlungsschutz. — Die Arbeitslosigkeit in der Zigarettenindustrie. — Die Neuregelung der Zuckerwirtschaft.

In seiner gestrigen Sitzung erlebte der Volkstag eine umfangreiche Tagesordnung. Die kommende Wahl war bereits ihre Schatten voraus, denn ursprünglich traten die Deutschnationalen als Säker der Versammlungsfreiheit auf, obwohl gerade diese Leute bisher alles Erdenkliche in Bezug auf Versammlungsterror geleistet haben. Die Redner der Linksparteien benutzten dann auch die Gelegenheit, die Deutschnationalen auf ihr widersprüchliches Verhalten hinzuweisen. Und das selbst aus bürgerlichem Lager den Deutschnationalen bittere Wahrheiten gesagt wurden, ist kennzeichnend für die Art des politischen Kampfes dieser Partei, welcher der wirtschaftliche Kampf eine sehr beliebte Waffe ist. — Wie sich die Zuckerverordnung im nächsten Jahre gestalten wird, ist noch ungewiß. Deutschnationale Kreise verlangen die Einführung der freien Wirtschaft, dann werde der Zucker billiger werden. Doch nach all den traurigen Erfahrungen werden sie damit wenig Glauben finden.

Der Volkstag erlebte in seiner gestrigen Sitzung zunächst einige Eingaben debattiert nach den Vorschriften der einzelnen Ausschüsse. Ein Antrag des Senats auf Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen den Abg. Gen. Müller ging an den Rechtsausschuß. Die Tätigkeit des Vermögensaufkommens war Gegenstand einer polnischen Anfrage, die jedoch von der Tagesordnung abgelehnt wurde. Eine deutschnationale kleine Anfrage betraf die Einführung des

Jugendgerichtsgesetzes.

Im Deutschen Reich ist ein Gesetz erlassen worden, durch das das strafmündige Alter von 12 auf 14 Jahre erhöht wurde und in geeigneten Fällen erzieherische Maßnahmen an Stelle der Strafe vorseht. Senator Dr. Frank führte aus, daß das Jugendgerichtsgesetz mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz in enger Verbindung stehe, dessen Einführung im Freistaat Schwierigkeiten verursache. Deshalb beschloß die der Senat vorweg, die Strafmündigkeitsgrenze von 12 auf 14 Jahre zu erhöhen.

Deutschnationale Furcht vor der kommenden Abrechnung.

Dieselbe Partei, die in der Bekämpfung der Versammlungsfreiheit vor keinem Mittel zurückzusehen hat, plötzlich dem Volkstage einen Gesetzentwurf zum Schutze der Versammlungsfreiheit vorgelegt, der vom Abg. Dr. Bunte begründet wurde. Das nach Artikel 84 der Verfassung gewährleistete Recht, sich friedlich und unbewaffnet versammeln zu dürfen, könnte durch Sprengstoffminen vereitelt werden. Um die Notwendigkeit der deutschnationalen Forderung darzutun, berief sich Redner auf Vorgänge, die sich in Deutschland ereignet haben. Der kommende Wahlkampf mache die Einführung des vorliegenden Gesetzes dringend notwendig, denn alle Anzeichen weisen darauf hin, daß er mit großer Heftigkeit geführt werde.

Abg. Gen. Werner wies den Deutschnationalen nach, daß sie nicht das geringste Recht haben, Anträge auf Schutz der Versammlungsfreiheit zu stellen, denn gerade die Deutschnationalen und ihre Vorgänger, die Konserverativen, seien es gewesen, die die Versammlungsfreiheit mit Füßen getreten haben. Redner erinnerte an die Stellung der Konserverativen bei Schaffung des Reichsverfassungsgesetzes im Jahre 1908, dauernd sei von ihnen das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten bekämpft worden. Saalabrechnungen, besonders in den kleinen Städten, wem waren ein beliebtes Mittel, um jede Versammlung frei organisierter Arbeiter unmöglich zu machen. Die polizeilichen Überwachungen der Versammlungen führten dazu, daß Redner den Arbeitgebern denunziert und dadurch brotlos gemacht wurden. Für das schändliche Verhalten der Behörden schilberte Redner Ergebnisse aus seiner sippenspezifischen Tätigkeit. Angekündigt wollen die Deutschnationalen die Versammlungsfreiheit schützen. In Wirklichkeit ist es ihnen darum zu tun, jeden unangenehm werdenden Besucher aus der Versammlung entfernen zu können und nach oben dem Strafgericht zu überliefern. Bei der Sozialdemokratie sei es nicht üblich, Versammlungen zu sprengen. Der deutschnationale Gesetzentwurf sei vollständig überflüssig, da die Deutschnationale Partei in stark in Miskredit stehe, daß keine Arbeiter in ihre Versammlungen gehen. Die sozialdemokratische Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Wirtschaftlicher Notstand und persönliche Verzweiflung als Wesen der Deutschnationalen.

Abg. Jacobs (D. P.) gab in kräftigen Worten seiner Entrüstung Ausdruck, daß die Deutschnationale Partei es wagt, einen derartigen Antrag einzubringen. Gerade diese Partei sei es gewesen, die in ihren Versammlungen die üblichen Terrorakte begangen und über Andersdenkende den wirtschaftlichen Bankrott verhängt habe. Bei der Reichstagswahl 1912 seien die Wahlversammlungen des Vaterländischen Wahlvereins im Kreise Olbina Marienburg dauernd von konserverativen gestoppt worden. Den Saalhabern sei wirtschaftlicher Bankrott angedroht worden, wenn sie den Saal Andersdenkenden zur Verfügung stellen wollten. An der Spitze dieser Verhetzung habe der jetzige Senator Zichem gestanden. (Lebhafter Beifall.) (Lärm, Unruhe etc.) Daß die Deutschnationalen noch heute diese Praxis betreiben, sei durch die Vorgänge bei der Stadtratswahl in Neulich bewiesen worden. Redner schilderte unter anderem Mißvergnügen der Deutschnationalen einzelne Entschieden aus diesem Wahlkampf. Die verheerende Tätigkeit der Deutschnationalen bilde eine Gefahr für die Souveränität des kleinen Freistaats.

Abg. Nahn betonte, daß der deutschnationale Gesetzentwurf vollständig überflüssig sei, weil die bestehenden Gesetze ausreichen. Von Seiten der Arbeiterschaft sei keine Bewegung der Versammlungen zu befürchten, wenn Rednerfreiheit gewährt werde. Anstehend solle sich der Gesetzentwurf gegen die den Deutschnationalen unliebsame Konkurrenz der Sozialisten richten. — Der Gesetzentwurf wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Verabschiedung der Volksstimmengabe

Erstmalig ein Antrag der Deutschen Partei, der von der Abg. Frau v. Marcin bearbeitet wurde. Kurze Zeit nach Verlesung der Tagesordnung erfolgte, wodurch die Volksstimmengabe eine unerwartete Höhe erreicht hätte. Der Staat könne heute kaum noch die Mittel für die sozialen Aufgaben aufbringen, deshalb sei es abzuholen, zu sparen. Der Volkstag möge da mit gutem Beispiel vorangehen. Mit 50 gegen 27 Stimmen und 5 Stimmenthaltungen wurde beschlossen, den Antrag dem Haushaltsausschuß zu überweisen.

Die unwürdige Stellung der Lehrer-Organisten veranlaßte die Deutsche Partei zur Einbringung eines Antrages, in dem der Senat aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen über die Aufhebung der organischen Verbindung des Schul- und Kirchenamts der Volksschullehrer. In der Begründung des Antrages betonte der Abg. Friedrich (D. P.), daß sich auch heute noch im Freistaat eine

große Anzahl Lehrerstellen befinden, die organisch mit dem Amt eines Organisten verbunden sind. Diesen Lehrern sei es unmöglich, das Amt des Organisten aufzugeben, obwohl die Bezahlung in der Regel sehr geringfügig sei. Die Lösung dieser Frage sei recht schwierig, aber bei gutem Willen möglich.

Abg. Gen. Beyer betonte, daß die Lehrer grundsätzlich eine Trennung von Schulaamt und Kirchenamt fordern. Der Senat bewerte dieser Forderung nur wenig Gewicht. In einem Falle soll dieser Zustand neu herbeigeführt werden. In einer Nachbargemeinde Danzigs sei eine Lehrstelle zu besetzen, deren Inhaber freiwillig Organist war. Die Kirche forderte nun, daß die Stelle ebenfalls wieder mit einem Organisten besetzt wird. Bei genügender Bezahlung würden sich genügend Lehrer für das Amt eines Organisten finden. Die sozialdemokratische Fraktion werde dem Antrage zustimmen.

Abg. Christiani (Dnall.) erklärte, daß sich die evangelische Kirche einer solchen Trennung nicht widersetzen werde. Vorher müßten aber die Verhältnisse der Schulhäuser geklärt sein. Den gleichen Standpunkt vertrat auch der Abg. Weiß vom Zentrum. Regierungsrat Alter wies auf die Schwierigkeiten der Auseinandersetzung hin, in vielen Fällen lasse sich nicht feststellen, wer Eigentümer des Schulgrundstückes sei. Abg. Nahn trat für den deutschnationalen Antrag ein, der schließlich dem Unterrichtsausschuß überwiesen wurde.

Die große Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie.

hervergerufen durch das neue Zigarettensteuerergesetz, veranlaßte die vereinigte sozialdemokratische Fraktion, eine Ergänzung dieses Gesetzes zu beantragen. Der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf fordert, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen, die infolge der Zigarettensteuererhöhung arbeitslos geworden sind, 2/3 ihres bisherigen Lohnes als Unterstützung gezahlt werden.

Abg. Gen. Neef machte darauf aufmerksam, daß von den 2500 Arbeitern und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie bereits 800 entlassen worden sind. Schon bei der Beratung des Zigarettensteuerergesetzes im Ausschuß und Plenum des Volkstages habe die sozialdemokratische Fraktion auf diese Folgeerscheinung hingewiesen. Im Deutschen Reich gewähre man den unter gleichen Umständen arbeitslos werdenden Angehörigen der Tabakindustrie 2/3 des früheren Lohnes. Das müsse auch im Freistaat geschehen. Redner beantragte Überweisung des Gesetzentwurfes an den Steuerausschuß, was auch geschah.

Das vorläufige Haushaltsgesetz für 1923 wurde in 2. Lesung angenommen. Auch das neue Gewerbeenergiegesetz wurde in 2. Lesung verabschiedet.

Die Regelung der Zuckerverwirtschaftung.

Stand alsdann zur Verhandlung. Der Gesetzentwurf des Senats, der bekanntlich die Beschlagnahme von 100 000 Zentner Zucker an einem Uebernahmepreis von 85 Prozent des Weltmarktpreises des Vormonats vorschlägt, ist im Ausschuß abgelehnt worden.

Abg. Gen. Kichowski wies auf die Wichtigkeit des Zuckers als Volksnahrungsmittel hin. Deshalb ist auch die Zwangsverwirtschaftung für Zucker berechtigt. Die Produzenten profitieren gegen die Beschneidung ihres Profits, und deshalb ist dieser Gesetzentwurf vorgelegt worden. Er hat lediglich den Zweck, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Die sozialdemokratische Fraktion hat an ihm kein Interesse, da er keine Verbilligung des Zuckers bringt. Bei Annahme des Gesetzes ist es sogar möglich, daß der rationierte Zucker teurer ist als der marktfreie. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt deshalb, daß der Uebernahmepreis nur 50 Prozent vom Weltmarktpreis des vorhergehenden Monats betrage.

Abg. Doerkien (Dnall.) und Briesfors (wird), letzterer unter starken persönlichen Anlässen, verlangten die freie Wirtschaft für Zucker. Die Zwangsverwirtschaftung erwidere den Hungerkämpfen, was ein schwerer Schaden für den Freistaat bedeute. Abg. Schmidt forderte einen Anbauzwang.

Abg. Gen. Schill lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die bedrohte Lage der Danziger Zucker- und Schokoladenindustrie hin, die schwer unter der polnischen Konkurrenz leide und deshalb große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen habe.

Die ersten 4 Paragraphen des Gesetzentwurfes wurden einstimmig abgelehnt. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, den Uebernahmepreis auf 50 Prozent des Weltmarktpreises festzusetzen, ergab sich die Mehrheit für den Antrag. Deutschnationale und Deutsche Partei stimmten gegen den sozialdemokratischen Antrag. Vier Abgeordnete, und zwar Weiß, Stawicki und Landmann vom Zentrum und Prodnowski (Dnall.), enthielten sich der Stimme. In Anbetracht der vorgerückten Stunde vertagte sich das Haus auf Mittwoch nächster Woche.

Die Wettervorausage.

Das Maanenschmelze an den Wetterjorgen, die man während des Sommers wieder reichlich ansetzen wird, ist die Ungewissheit, was man sich für den nächsten Tag vornehmen kann. Nun ist es freilich auch den größten Gelehrten noch nicht gelungen, unfehlbare Wettervorausagen zu machen; aber es gibt doch manche wertvolle Anzeichen, die einige Anhaltspunkte für die Wettergestaltung der allernächsten Zeit bieten. Schon von altersher hat sich die Beobachtung des Himmels beim Sonnenuntergang für die Beurteilung des Wetters am folgenden Tage wichtig erweisen. Verschwindet der Sonnenball des Abends mit einem Feuereffekt leuchtender Farben in den Wolken, sind besonders die roten Wolken unten stark verstreut, so dürfen wir auf einen schönen Morgen hoffen. Blasse, fahle Farbenstrahlen beim Sonnenuntergang sind dagegen ein schlechtes Zeichen; sie künden Regen und Wind an. Wenn vielwolke behauptet wird, ein Sonnenuntergang mit stark roter Färbung des Himmels sei ein schlechtes Zeichen für die Witterung des folgenden Tages, so wird dies durch die Erfahrung bestätigt. Wenn man sich die Wolken am Morgenhimmel genau anschaut, so kann man daraus erkennen, wie das Wetter am Nachmittag sein wird. Zeigen die Wolken jenen massigen gebildeten Typus, den man als „Annullus“ bezeichnet, und wachsen diese Wolkentäufel bis zum Mittag stetig an, so kann man sich auf Regenwetter und vielleicht sogar auf ein Gewitter gefaßt machen. Dagegen deuten die schmalen wulstigen Wolkentypen auf gutes Wetter hin. Ist der Himmel mit zerrissenen Wolkenseiten bedeckt, durch die das leuchtende Blau hindurchschaut, so ist das ein gutes Zeichen für Aufklärung. Bestimmte Stunden des Tages sind für einen Wetterumschlag besonders wichtig. Bei einem regnerischen Morgen ist die Stunde zwischen 11 und 12 Uhr entscheidend, und wenn um diese Zeit der Regen aufhört, kann man auf schönes Wetter hoffen. Dauert der Regen über diese Stunde hinaus, so wird sich das Wetter bis zwischen 4 und 5 Uhr nicht bessern. Erst dann kann eine Veränderung zum Guten erwartet werden.

Kommunistische Erledigung Rahns?

Zu den Einigungsverhandlungen im kommunistischen Lager wird mitgeteilt, daß diese bisher noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt haben. Die Hauptschwierigkeit liege darin, daß die Berliner Richtung der Danziger Kommunisten (DKK) den Rücktritt Rahns, des Vorsitzenden der zweiten Gruppe, fordere. Am 20. April soll die entscheidende Sitzung über die Vereinigung der beiden Gruppen stattfinden. Rahns wird jetzt von seinen eigenen Parteigenossen vorgeworfen, daß er gegen die Interessen der Partei, gegen den Kommunismus und die Arbeiter gewirkt hätte und deshalb nicht länger in der Partei bleiben dürfe. Wir haben uns ja häufig mit dem „politischen“ Wirken Rahns, das seinen Höhepunkt in seiner zweifelhaften geschäftlichen Tätigkeit und seinem oft widerlichen Parlamentarismus fand, beschäftigen müssen. Trotz seiner starken Kompromittierung bei der antirückigen Verwertung der Danziger Werk und trotz seiner oft rein kapitalistischen Einstellung im Volkstage wurde er von seiner allerdings immer mehr zusammengehörenden Anhängergruppe gedeckt. Seine enbliche Haltung wäre im Interesse der Reinigung des politischen Lebens und der Arbeiterbewegung nur zu begrüßen.

Die Not der Krankenhäuser. Einen Zuschuß von je 10 Millionen Mark beantragt der Senat für das St. Marien- und für das Diakonissenkrankenhaus bei der Stadtratsversammlung. Die beiden Krankenhäuser sollen dadurch in die Lage versetzt werden, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Angekündigt wären dazu für das St. Marienkrankenhaus rund 137 Millionen und für das Diakonissenkrankenhaus rund 233 Millionen Mark erforderlich. Da die Stadtgemeinde zur Gewährung derartiger hoher Zuschüsse in ihrer angebotenen finanziellen Notlage und unter Verhinderung der hohen Zuschüsse, die bereits das Städtische Krankenhaus erfordert, nicht in der Lage ist, wollen die beiden Krankenhäuser den Versuch machen, ihre Existenz durch anderweitige Verwertung der nicht unbedingt für den Krankendienst gebrauchten Räume zu sichern und durch eine solche Umorganisation ihres Betriebes sich zu halten. Um ihnen den durch diese Umorganisation erforderlichen Übergang zu erleichtern und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre noch stehenden Verbindlichkeiten abdecken, hält es der Senat für erforderlich, ihnen noch einen einmaligen Zuschuß in der angegebenen Höhe zu gewähren.

Fehlende Renten. Die Stadtratsversammlung hatte am 30. Januar 100 Millionen Mark für die Fortsetzung der städtischen Wohnungsbauten bewilligt, die vorerst aus Anleihegeldern der städtischen Sparkasse aufgebracht werden sollten. Jetzt teilt der Senat der Stadtratsversammlung mit, daß die städtische Sparkasse erklärt hat, in absehbarer Zeit die 100 Millionen Mark nicht zur Verfügung stellen zu können. Der Senat beantragt nunmehr, die bewilligten 100 Millionen Mark aus dem Einkommen der Wohnungsbauabgabe zu decken.

Spielplanänderung im Stadttheater. Infolge plötzlicher Erkrankung von Kräusler Elsa Gladitz gelangt heute, Freitag, statt „Rosenkavalier“ die Operette „Boccaccio“ in der bekannten Besetzung zur Aufführung. Bereits gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit gegen Rückerstattung des Preisunterchiedes oder werden an der Abendkasse zurückgenommen.

Neue Wohlfahrtsbesleger in Langfuhr. Der nächsten Stadtratsversammlung liegen einige Anträge des Senats auf Neuwahl von Wohlfahrtsbeslegern resp. -pflegerinnen in Langfuhr vor, und zwar für die 23. Kommission: Lehrer Johannes Dieckhoff, Offentstraße 6, und die Fürsorgegeschwister Martha Breuß, Bahnhofsstraße 15; für die 24. Kommission: Rentier Johannes Meier, Hauptstraße 108, und für die 25. Kommission Frau Margarete Pörmann, Upstegenweg 2.

Zum Stabsbesamten in Schöllitz soll an Stelle des bisherigen Verwalters Schubert, der fern am niedergelegt hat, der bisherige stellvertretende Stabsbesamte Paul Eichholz und zum Stabsbesamten-Stellvertreter der Kaufmann Josef Besantowski bestellt werden. Der Senat fragt bei der Stadtratsversammlung an, ob Einwendungen dagegen erhoben werden.

Nicht identisch. Der Schäftefabrikant Herr Adolf Wald, 4. Damm 1, bittet um Veröffentlichung der Mitteilung, daß seine Tochter mit der wegen Ebelmetallstiehung bestrafte Buchhalterin Wald nicht identisch sind.

Polizeibericht vom 20. April 1923. Festgenommen 20 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Bedrohuna, 1 wegen Zechprellerei, 1 wegen Sachbeschädigung, 12 in Polizeifalt.

Stabsbesam vom 20. April 1923.

Todesfälle: Frau Elisabeth Antelki geb. Schwarz, 43 J. 5 M. — Witwe. Juliana Poddig geb. Ginz, 86 J. 5 M. — Frau Johanna Schewski geb. Grill, 64 J. 6 M. — E. des Arbeiters Bruno Gallnat, 12 J. — E. des Schleifers Josef Sußnagel, 6 M. — E. des Schuhmachermistr. Franz Piplowski, 2 J. 5 M. — Ingenieur Georg Rose, 67 J. 1 M. — Frau Berta Remwandowski geb. Kalweit, 63 J. 5 M.

Wasserstandsrichtlinien am 20. April 1923.

	18. 4.	19. 4.	Kurzbericht	18. 4.	19. 4.
Zawichost	+2,28	+2,10	Montaueispitze	+1,39	+1,40
Warschau	+1,95	+2,00	Diesel	+1,28	+1,29
	17. 4.	18. 4.	Dirschau	+1,51	+1,50
Plock	+1,30	+1,35	Einlage	+2,28	+2,12
	19. 4.	20. 4.	Schleusenort	+2,30	+2,24
Thorn	+1,49	+1,57	Notag:		
Nordon	+1,43	+1,50	Schönan D. P.	+6,72	+6,70
Calz	+1,34	+1,56	Walgenberg D. P.	+4,64	+4,61
Branden	+1,53	+1,57	Neuhofersdorf	+2,02	+2,00
			Nawachs		

Devisenkurse.

	20 April	19. April
1 Dollar	25 600.—	32 000.—
1 polnische Mark	0,56	0,61
1 Pfund Sterling	122 000.—	126 000.—
1 holländischer Gulden	1 050.—	11 800.—
1 norwegische Krone	4 800.—	5 600.—
1 dänische Krone	5 050.—	5 790.—
1 schwedische Krone	7 200.—	8 090.—
1 Schweizer Frank	4 990.—	5 530.—

Danziger amtliche Kursnotierung vom 19. April 1923. Amerikan. Dollar: Geld 29 650,98, Brief 29 000,07. poln. Mark: Geld 58,85, Brief 66,65, englische Pfund: Geld 136 657,50, Brief 137 342,50.

Schlichtungsausschuss-Weisheiten.

Die Arbeiterkraft der allbekannten Firma A. Richterberger-Düra hatte ihren Vorkurs bei dem Metallarbeiter-Verband zur Friedigung übertragen, der ihm an die Firma mit dem Ersuchen wandte, einen Tarifvertrag abzuschließen. Darauf teilte die Firma wörtlich mit: ... Anliegend überreichen wir 2 Tarifverträge zur Prüfung. Da wir Mitglied des Verbandes der Metallindustrie sind und in Verhandlungen mit dem Verband des Metallarbeiter-Verbandes nicht unternehmen können, bitten wir Sie, die Tarifverträge an den genannten Verband zu senden. ...

Der Schlichtungsausschuss aber entschied nach langen zehntägigen Verhandlungen wie folgt: Der Schlichtungsausschuss hält die einschlägige Behaltens der Arbeitsbedingungen im Betriebe der Danziger Eisenindustrie A. G. für unannehmbar unter der Voraussetzung, daß dauernd beschäftigte Arbeiter im Betriebe vorhanden sind. Der Danziger Eisenindustrie A. G. wird daher aufgegeben, binnen 4 Wochen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unter Einwirkung des Schlichtungsausschusses zu verhandeln und das Ergebnis der Verhandlungen dem Schlichtungsausschuss mitzuteilen. ...

Dieser Schlichtungsausschuss ist eine neue Herkommenheit in der Betriebsverwaltung des Schlichtungsausschusses. Inwiefern wird darin die Notwendigkeit eines Tarifvertrages anerkannt, doch unter der Voraussetzung, daß der Betrieb „Stammpersonal“ beschäftigt. In der Begründung, die der Schlichtungsausschuss seiner Entscheidung mitgab, heißt es: Die Notwendigkeit zum Abschluß eines Tarifvertrages liegt nicht vor, wenn der Betrieb der Beteiligten nur gering ist und wenn die Arbeiter selbst ihren Beschäftigungsgrad dauernd wechseln. Gerade diesem letzten Punkte hat der Schlichtungsausschuss entscheidende Bedeutung bei. ...

Diese Entscheidung ist ein Umsturz. Die Arbeiter einer händig in Tätigkeit befindlichen Betriebs können doch nicht als Gelegenheitsarbeiter angesehen werden, sondern sind Stammpersonal. Die Firma und ihr Vertreter brauchen jedenfalls nicht solange nachzudenken als der Vorstand des Schlichtungsausschusses. Die Möglichkeit zur weiteren Ersetzung der Tarifverhandlungen, die in dem Schlichtungsausschuss nicht wurde sofort angedeutet, nämlich: Der Verein hat keine Stammpersonal, folglich braucht er nach dem Schlichtungsausschuss keine Tarifverträge abzuschließen! Der Schlichtungsausschuss aber muß sich jetzt weiter den Kopf über seinen Schlichtertrick zerbrechen und darüber entscheiden, ob die Firma nur „Gelegenheitsarbeiter“ beschäftigt, vielleicht auch, was das Wort „Stammarbeiter“ überhaupt bedeutet. ...

Das könnte ihnen so passen! Die deutschnationale Kraft des Volkstages hat folgenden Antrag eingebracht: Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, von jeder Zwangsbeschäftigung des Jüders im Betriebsjahr 1928/29 abzusehen. ...

Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, von jeder Zwangsbeschäftigung des Jüders im Betriebsjahr 1928/29 abzusehen. Das heißt also: Bahn frei auch für den Wucher mit Jüder. Der Volkstag wird diese deutschnationale „Volksgenossenschaft“ hoffentlich abzumehren wissen.

Rinderwanderung! Die alljährlich wird der Touristenverein „Die Naturfreunde“ auch in diesem Jahre die Sommermonate dazu benutzen, die Kinder der arbeitenden Bevölkerung mit der weiteren Umgebung Danzigs vertraut zu machen. Während der Wintermonate war das Ziel der Wanderungen meistens der Olivaer Wald. ...

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig. Montag, den 22. April, abends 7 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, an der großen Mühle Frauen-Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Wahlfabrikpflege, wie sie sich kundgeben soll. Referent: Abg. Schauer. Alle Mitglieder der Partei werden gebeten, ihre Frauen zum Besuch der Versammlung zu veranlassen. Die Frauenkommission der S.D.P.

für die Lebensmittel machten die Hoffnung, in diesem Jahre das Essen gratis zu geben, zunächst und werden die Eltern ersucht, den Kindern 100 Mark als Entgelt für das Mittagessen mitzugeben. Treffpunkt für alle Kinder um 7 Uhr am Brodthorn. Es ist weiter geplant, in den Ferien mit den arbeitslosen Kindern längere Fahrten zu unternehmen. ...

Die Strafen für die Strafen sind in der nächsten Nummer des Blattes bekanntgegeben.

Aus dem Osten.

Moskauer. Schwindelgeschäfte. Der Kaufmann Julius P. aus Altmann verkaufte der Großhandelsfirma in Moskau am 19. Oktober v. J. 70 Zentner Weizen zu 1000 Mark, 100 Zentner Roggen zu 1000 Mark und 100 Zentner Gerste zu 1000 Mark, obwohl das Getreide nicht kam, sondern seiner Hofron bediente. ...

Sibirische. Übermaß ein Granatenoster. Der sibirische Infanterie des 1. und 2. Regiments August Edel hatte gemeinlich mit einem andern Regiment des 1. Regiments in Krasnojarsk auf dem Explosionsfeld Granaten gesammelt. ...

Sibirische. Folgerichtigere Arbeit. Als der Arbeiterführer Kasim Fozov bei einer Demonstration festgenommen war, erwiderte diese plötzlich, wobei ein Teil des

in Stücke gerissenen Brennstoffbehälters T. so unglücklich traf, daß es ihm die Schädeldecke abriß. T. war auf der Stelle tot.

Aus aller Welt.

Eine schwere Explosion ereignete sich in einer Knopfabrik in Endapess. Bis her wurden 11 Personen geborgen. Acht Arbeiter erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Gegen das Urteil im Wiesenhäuser-Prozess, durch das der frühere Infanteriekapitän Koch wegen Totschlags unter Zuhilfenahme mildernder Umstände und wegen Unterschlagung zu 6 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt ist, legten der Staatsanwalt und der Verteidiger Revision ein. Die Staatsanwaltschaft macht geltend, daß das Gericht zur Annahme von Mord hätte gelangen müssen, während die Verteidigung mit der Revision die Freisprechung des Angeklagten anstrebt. ...

Scheintot begraben und gestorben. Die aus Großwardein Berichtete, hörten Totengräber, als sie neben dem Grabe eines wenige Stunden vorher beigelegten Postbeamten ein neues Grab schaufelten, klopfen und Pflaster aus dem benachbarten Grabe. Sie erschrafen hierüber so sehr, daß sie, statt sofort die Deckung des Grabes vorzunehmen, vorerst zum Friedhofswächter, dann zum städtischen Arzt liefen. ...

Eine „Gans“ für 100 000 Mark. Eine außergewöhnlich hohe Strafe verhängte das Schöffengericht Berlin-Mitte gegen eine Frau F. wegen Verleitung einer Fahrkartenverkäuferin. Als eines Tages am Bahnhof Alexanderplatz an einem Schalter großer Andrang herrschte, und das Publikum sehr lange warten mußte, geriet Frau F. über die ihrer Meinung nach zu langsame Abfertigung in gewaltigen Zorn und machte der Fahrkartenverkäuferin Vorhaltungen, die von dieser energisch zurückgewiesen wurden. ...

Die Getreidegeschäfte des Hofrats. In Dresden wurde vor einiger Zeit der Hofrat Rosenthal wegen Erhebungen im Getreidehandel verhaftet. Die Sache wird Ende April die Strafkammer des Landgerichts beschäftigen. Rosenthal betrieb ein großes Getreidegeschäft, gründete dann im Jahre 1919 die kommunale Warenkaufgesellschaft zur Versorgung der Stadt Dresden mit Lebensmitteln. ...

Versammlungs-Anzeiger

- Arbeiter-Bildungsausschuss. Heute, Freitag, 6 Uhr abends, Sitzung im Bureau der Volkstimme. Freier Sänger. Freitag, den 20. Aula Schwiedergasse, 7 Uhr abends: Generalversammlung. Volk. Jüder-Raffinerie, Danzig-Neujahrwäher. Sonntag, den 21. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, Josephs-Gaus, Neujahrwäher, Olivaer Straße. Betriebsversammlung. Verein Arbeiter-Jugend Danzig. Sonntag, den 22. April, morgens 6 1/2 Uhr. Deumarkt, Treffen zur Fahrt ins Blaue, abends im Heim: Platinenfeier. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr, im Vereinshaus zur Altstadt, Tischlergasse 49, Vertrauensmännerversammlung. (1928)

Rüstet zur Maifeier!

Der Kraft-Mann Ein humoristischer Musikanten-Skizzen von Ernst von Wolzogen. (Schluß des vorherigen) ...

„Sagen Sie, ich habe eigentlich die Musik“ sagte der Herr von Catern ...

... fallen; aber im Grunde nur eine wahlliche Unbereitschaft — ein schamloses Verdammnisorgan, das unerfüllt alles Leidende in seine schleimige Umarmung zieht und ihm seinen Lebens geistlichen Kern aufsaugt. Musik — Wahnwitz — Wahnwitz! ...

M. Lietzau & Co.

Getreide, Mehl, Säaten, Oele, Fette, Kolonialwaren, Holzexport
 Telegramm-Adr.: Emlietco Danzig, Langgasse 42 Telephone 1504, 2098, 6534

Konrad Kaempff & Co. i:

Telephon 591, 1307 - Telegr.-Adr.: „Jutekaempff“

Sack- und Plan-Fabrik

Sackreparaturanstalt :: Import und Export von Säcken aller Art :: Großes
 Inland- und Transitlager in neuen und gebrauchten Säcken
 Niederlassungen unter Firma „Konrad Kaempff“ in Berlin-Stralau und Königsberg Pr.

Danziger Glashütte

Aktien-Gesellschaft

Telephon Nr. 277 - Danzig-Schellmühl - Telephon Nr. 277

Fabrikation von Flaschen aller Art

Red Star Line and American Line

Generalvertretung für Danzig:

American Travel Office

Melburgergasse Nr. 4
 Fernspr. 3647, 5262

Bequemste und schnellste direkte Verbindungen

Antwerpen—New York
 Hamburg—New York
 Danzig—New York

Filialen: **Riga**, Kanistr. 1; **Litau**,
 Großstr. 11/13; **Kowno**, Laisves Al 38

Otto Jost

Fuß- und Fußholzfabrik

Fuß-Großhandlung

Danzig-Neufahrwasser

Fernsprecher Nr. 721
 Dreibeinendort „Fußfabrik“

Max Steinke G. m. b. H.

Flachblecherei
 Flach-Konservenfabrik

Import — Export

Danzig-Neufahrwasser

Sally Blumenfeld · Danzig

Nopfengasse 21

Kommission :: Export :: Import

Häute, Felle, Wolle, Leder in allen Sorten u. Provenienzen

Handelmaatschappij Menten & Stark G. m. b. H.

Stationsweg N. V. Handelmaatschappij Menten & Stark, Amsterdam

Telefon 5472 und 5506 · Danzig, Hr. Wollwebergasse 11 Telegr.-Adr.: Mentenz

Oele :: Fette :: Kolonialwaren :: Südfrüchte

Aron Katz Söhne * Danzig

Getreide, Säaten, Futtermittel · Spezialität: Kartoffelflocken, Schnitzel u. Mehl

Posen, Alje Marcinkowskiego 8
 Telefon 2144 u. 2145

Danzig, Gr. Wollwebergasse 24
 Telefon 2311 u. 6562

Berlin, Wichmannstraße 23
 Telefon: Amt Neukölln 5300 h. 5104

Danziger Zündwaren-Fabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 Danzig, Schellmühl

Hansa-Sicherheits-Zündhölzer :: Flaggen-Hölzer

„Baumigro“

Baumittel-Großhandels-Gesellschaft

Danzig, Hopfengasse 74

Fernsprecher Nr. 6206 — 6209

liefert Baumaterial

Danziger Industrie u. Großhandel

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

(E)

Danziger Fernverkehr

Danzig—Simonsdorf—Tiegenhof und zurück

080	10	08	100	ab	Danzig	an	1000	700	080	1100
700	20	20	800	an	Dirschau	ab	950	600	800	1000
700	30	30	800	ab	—	an	900	500	800	900
800	30	30	900	an	Simonsdorf	ab	900	500	800	900
900	30	30	900	ab	—	an	850	400	700	900
900	40	08	1000	ab	Neustadt	an	700	200	600	800
900	40	08	1000	an	Tiegenhof	ab	700	200	600	800

Nebel-Centrale

Aktien-Gesellschaft

General-Vertreterin von ca. 40
 holländischen Groß-Industrien

Getreide
 Säaten :: Kolonialwaren

Agrar-Handels-Gesellschaft

m. b. H.

Danzig, Lastadie 35 b

Telefon 6664, 5487 u. 1689

Telegr.-Adr.: Agrarhandel

Getreide, Säaten, Futter- und Düngemittel

„DANCO“

Danziger Confectionfabrik G. m. b. H. & Co.

Kommandit-Gesellschaft

Damenmäntel — Kostüme

Danzig, Hopfengasse Nr. 74

Buchhandlung u. Verlag

Volkswacht J. Gott & Co.

Sozialistische u. Gewerkschafts-
 Literatur. Bücher für Belehrung
 und Unterhaltung

Im Spandhaus 6 : Paradiesgasse 32